FDP Odenwaldkreis

VOR NEUER SPITZENSTELLE: ERST TRANSPARENZ, DANN ENTSCHEIDUNG

31.05.2026

GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG // FDP-ZBK, ÜWG Odenwaldkreis & Bündnis 90/Die Grünen Odenwaldkreis

Der Odenwaldkreis, 28.05.2026

Zukunft Odenwald: **FDP-ZBK, ÜWG Odenwaldkreis und Bündnis 90/Die Grünen Odenwaldkreis** fordern Transparenz vor neuer Spitzenstelle im Odenwaldkreis.

Die Fraktionen Zukunft Odenwald: FDP-ZBK, ÜWG Odenwaldkreis sowie Bündnis 90/Die Grünen Odenwaldkreis haben **gemeinsam einen Antrag für die Kreistagssitzung am 22. Juni eingebracht**, mit dem vor der geplanten Wahl einer weiteren hauptamtlichen Kreisbeigeordnetenstelle zunächst **Transparenz über Aufgaben, Zuständigkeiten und finanzielle Auswirkungen geschaffen werden soll.**

Die drei Oppositionsfraktionen kritisieren insbesondere, dass **SPD und CDU einerseits im Koalitionsvertrag Haushaltsdisziplin, Stellenzurückhaltung und Konsolidierung betonen, gleichzeitig aber eine zusätzliche politische Spitzenstelle schaffen wollen** – ohne bislang nachvollziehbar offenzulegen, warum diese organisatorisch notwendig sein soll und welche langfristigen Kosten hierdurch entstehen.

Moritz Promny, Fraktionsvorsitzender von Zukunft Odenwald: FDP-ZBK, erklärt: **„Die Bürgerinnen und Bürger erleben derzeit überall Sparappelle. Gleichzeitig sollen Stellen in der Verwaltung nicht wiederbesetzt werden. Vor diesem Hintergrund ist es schwer vermittelbar, warum ausgerechnet jetzt eine zusätzliche hauptamtliche Spitzenstelle geschaffen werden soll. Wer Haushaltsdisziplin fordert, muss auch bei der eigenen Verwaltungsstruktur glaubwürdig handeln.“**

Tassilo Schindler, Fraktionsvorsitzender der ÜWG Odenwaldkreis, betont: „ **Eine zusätzliche Beigeordnetenstelle verursacht über Jahre hinweg erhebliche Kosten für Besoldung, Versorgung und weitere Personalnebenkosten. Bevor**

Abgerufen am 28.11.2026 unter https://fdp-odenwald.de/?p=7652

solche dauerhaften finanziellen Verpflichtungen eingegangen werden, braucht der Kreistag eine belastbare organisatorische und finanzielle Grundlage für seine Entscheidung.“

Dr. Jonas Schönefeld, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Odenwaldkreis, erklärt: „**Transparenz und Nachvollziehbarkeit stehen für uns an erster Stelle. Wenn eine zusätzliche Führungsstruktur geschaffen werden soll, müssen konkrete Aufgaben, Zuständigkeiten und organisatorischen Verbesserungen sowie entsprechende Alternativen geprüft und offengelegt werden. Dazu gehören Haushaltsklarheit, Stabilität für die Odenwälder Kommunen und die Absicherung der Pflichtaufgaben.“**

Der gemeinsame Antrag sieht vor, dass vor einer Wahl zunächst eine u**mfassende organisatorische und finanzielle Bewertung vorgelegt und öffentlich beraten wird.** Bis zur Vorlage dieser Bewertung soll keine Wahl erfolgen.

Die drei Fraktionen verweisen darauf, dass die zusätzliche Stelle **die Bürgerinnen und Bürger des Odenwaldkreises über die Amtszeit hinweg voraussichtlich mehrere hunderttausend Euro kosten werde.** Diese Mittel stünden damit nicht für andere Aufgabenbereiche wie **Schulen, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung oder die Unterstützung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zur Verfügung.**

Gerade vor den anstehenden Haushaltsberatungen sei es deshalb notwendig, zunächst Zahlen, Daten und Fakten offenzulegen, bevor über eine weitere politische Spitzenstelle entschieden werde.

Abgerufen am 28.11.2026 unter https://fdp-odenwald.de/?p=7652